

Beatrice Simon ist in den Nationalrat gewählt worden – doch sie bleibt nun lieber Berner Regierungsrätin **SEITE 14**

Der pensionierte Winzer Adriano Kaufmann hat in Eritrea ein Projekt zum Anbau von Tafeltrauben initiiert **SEITE 15**

Grüne kommen auf keinen grünen Zweig

An den Urschweizer Kantonen geht der Erfolg der Partei bei den eidgenössischen Wahlen weitgehend vorbei

ERICH ASCHWANDEN

Wenn eine Partei ihre Stimmenzahl fast verdoppeln kann, ist das normalerweise ein sensationelles Resultat. Doch wenn eine Steigerung von 1,4 auf 2,6 Prozentpunkte erfolgt, ist das mehr als bescheiden. Zumal es sich um die Grünen aus dem Kanton Schwyz handelt, deren Mutterpartei am Sonntag abräumte. Die nationale Erfolgswelle der Partei reicht also nicht aus, um auch die konservative Wüste Schwyz zu begrünen. Die Trennlinie zwischen Erfolg und Flop verläuft messerscharf entlang der Grenze zu den umliegenden Kantonen.

In Glarus schaffen die Grünen mit dem Gewinn eines Ständeratsmandats eine Sensation. In Schwyz hingegen sind sie momentan nicht einmal im Kantonsparlament vertreten. Krass sind die Unterschiede auf kleinstem Raum: In der Zürcher Gemeinde Richterswil holten die Grünen bei den Nationalratswahlen 13 Prozent der Wählerstimmen, im angrenzenden Wollerau mussten sie sich mit bescheidenen 3 Prozent begnügen. Noch deutlicher ist der Unterschied zwischen Unterägeri im Kanton Zug und dem schwyzerischen Sattel: 15 Prozent gegen 1 Prozent.

Keine Klimawandel-Proteste

Die grüne Misere geht über den Kanton Schwyz hinaus. Nachhaltig Fuss fassen konnte die Partei in der Innerschweiz nur in den Kantonen Zug (Wähleranteil 19,2 Prozent) und Luzern (12,2 Prozent), wo städtische Zentren bestehen. Recht präsent sind die Grünen auch in Nidwalden. In Obwalden existiert nicht einmal eine Kantonalpartei, in Uri stellen die Grünen nur gerade 2 von 64 Kantonsparlamentariern. Diese Defizite sind auf den ersten Blick erstaunlich, betreffen doch der Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt den Alpenraum besonders stark. Auch ist die Naturverbundenheit in den ländlichen Regionen der Zentralschweiz traditionell gross.



Der Widerstand gegen ein Atomendlager hat die Grünen in Nidwalden vergleichsweise stark gemacht (Aufnahme von 2008). KEYSTONE

Doch die Klimadebatte scheint bisher praktisch spurlos an der Urschweiz vorbeigegangen zu sein. «In Schwyz habe ich auf jeden Fall noch keinen Jugendlichen auf der Strasse gesehen, der gegen den Klimawandel demonstriert hätte», sagt Toni Reichmuth, der von 2007 bis 2015 Präsident der Schweizer Grünen war. Besorgte junge Leute gebe es zwar auch hier, doch diese würden sich nicht vor Ort engagieren, stellt er ernüchtert fest. «Schwyzer, die sich für linke und grüne Themen engagieren, wohnen oft gar nicht mehr hier. Meist sind es Leute, die in Zürich oder Luzern studiert haben und später allenfalls ganz

wegziehen», stellt Reichmuth fest. Diese Personalsorgen widerspiegeln sich auf der grünen Nationalratsliste, auf der sich einige «Hors-sol-Kandidaten» finden, die nur wenig Bezug zum Kanton Schwyz haben. Auch Alf Arnold, langjähriger Geschäftsführer der Alpeninitiative und Galionsfigur der Urner Grünen, sieht in der Abwanderung ein Problem: «Für die Grünen und die SP engagieren sich häufig Leute, die auswärts studieren und arbeiten. Wer nicht immer im Kanton präsent ist, hat es aber bei der politischen Arbeit schwer.»

Dazu kommt, dass die Machtblöcke in der Urschweiz starr sind. Die drei bürger-

lichen Parteien SVP, CVP und FDP bilden in Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden einen bürgerlichen Block, der teilweise über 80 Prozent des Wählerpotenzials abholt. Da bleibt selbst für die SP wenig Luft zum Atmen. Darüber hinaus sind die Wahlkreise, sprich Gemeinden, so klein, dass es Linke und Grüne schwer haben, Mandate in den Kantonsparlamenten zu erobern. Bei nationalen Wahlen ist dies fast ausgeschlossen. Unmöglich ist ein solcher Coup allerdings auch in kleinen ländlichen Kantonen nicht, wie die Grünen in Glarus bewiesen haben.

Fast eine Art grüne Oase ist der Kanton Nidwalden, wo die Partei immerhin

acht Parlamentarierinnen und Parlamentarier im 60-köpfigen Landrat stellt. Die Grünen sind hier somit klar stärker als die SP, die nur drei Parlamentarier in die gemeinsame Fraktion schickt.

Kampf gegen Atommüll

Die vergleichsweise starke Position hat historische Gründe und geht auf die 1980er Jahre zurück. Damals wollte die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) mit Billigung der Kantonsregierung, aber gegen den Willen der lokalen Bevölkerung auf Nidwaldner Gebiet ein Endlager errichten. Die SP war damals in Nidwalden praktisch inexistent, so dass Aktivisten 1982 das Demokratische Nidwalden (DN) gründeten, um den Widerstand zu organisieren. Die Partei schloss sich 2005 den Schweizer Grünen an.

Zu den Gründungsmitgliedern des DN gehörte Leo Odermatt, der 1998 in die Nidwaldner Regierung gewählt wurde, wo er bis 2010 als Gesundheitsdirektor wirkte. «Natürlich hat uns das Thema Atommüll, das bis vor kurzem aktuell blieb, bei unserer politischen Arbeit geholfen», erklärt Odermatt. Doch dass die Partei 37 Jahre nach ihrer Gründung immer noch so stark sei, habe sie in erster Linie ihrer Knochenarbeit zu verdanken. Das sei eine Herausforderung auch für die heutige Generation. «Es ist noch recht diffus, was aus der gegenwärtigen grünen Welle wird», stellt der 71-jährige Odermatt fest. «Es wird sich zeigen, ob der momentane Aufschwung in allen Kantonen tatsächlich nachhaltig ist.» Allein mit der Bewirtschaftung des Themas Klimawandel sei es nicht getan.

Dem Urner Alf Arnold geben die Entwicklungen der letzten Monate Hoffnung. «Es gibt im Kanton einen kleinen Kern von Aktivisten, die offenbar auch schon einmal eine Freitagsdemonstration organisiert haben. Ich bin zuversichtlich, dass die grüne Welle mit etwas Verzögerung auch in Uri ankommen wird.»

Eine Steilvorlage für die Separatisten

Die Abwahl des einzigen bernjurassischen Nationalrats bedroht die Brückenfunktion des Kantons am Röstigraben

DANIEL GERNY

Drei Tage nachdem der Berner Grosse Rat den französischsprachigen Georges Moeckli bei der Wahl der wichtigen Baudirektion eiskalt übergang, versammelten sich in Delsberg Hunderte von wütenden Jurassiers zum Protest. Die Affäre Moeckli erschütterte den Kanton vor über 70 Jahren in den Grundfesten und führte schliesslich zur Gründung des Kantons Jura. Entfernt erinnert die Episode an die am Sonntag erfolgte Abwahl des einzigen Nationalrates aus dem Berner Jura, Manfred Bühler (svp.). Natürlich ist nicht mit Tumulten wie in den 1940er Jahren zu rechnen, doch Bühlers Scheitern zeigt, wie rasch sich die Region abgehängt sieht, sobald es um kantonale oder nationale Politik geht: Selbst wenn SVP-Nationalrat Werner Salzmann am 17. November in den Ständerat gewählt würde, rückt Bühler nicht nach – zu schlecht schnitt er am Sonntag ab.

Im Bundeshaus ohne Stimme

«Das belegt, wie wenig Gewicht der Berner Jura hat», sagt Valentin Zuber vom Parti Socialiste Autonome, der in Moutier im Gemeinderat sitzt und an vorderster Front für den Wechsel seiner Stadt zum Kanton Jura kämpft. Frühes-

tens 2020 stimmt der Ort erneut über die Kantonszugehörigkeit ab, nachdem das Berner Verwaltungsgericht im August die Abstimmung von 2017 wegen gravierender Rechtsverstösse annulliert hat. Nach dem Gerichtsentscheid kam es zu schweren Protesten, bei denen gar zur «Revolte» gegen Bern aufgerufen wurde. Obwohl Bühler ein vehementer Proberner ist und damit auf Zubers Gegenseite steht, passt die Abwahl des Bernjurassiers perfekt ins Bild: «Das ist eine Steilvorlage für die Befürworter des Kantonswechsels von Moutier», kommentiert Marc Bühlmann, Politologe an der Uni Bern. Ganz nach dem Motto: Als Teil des grossen Kantons Bern hat der Berner Jura im Bundeshaus keine Stimme, als Teil des kleinen Kantons Jura hat die Region mehr Einfluss.

In einer Untersuchung wies Bühlmann 2012 nach, dass der Berner Jura in den letzten 30 Jahren in eidgenössischen Abstimmungen eher wie der Kanton Jura als wie der Rest des Kantons Bern entschieden hatte. Indizien dafür, dass der Kantonsteil anders tickt, gab es auch bei den Wahlen vom Sonntag: So schnitt die CVP, die im restlichen Kanton eine marginale Rolle spielt, im Berner Jura besser ab. Bühlers persönliches Resultat widerspiegelt den Graben ebenfalls: In seinem Wahlbezirk er-

zielte er das mit Abstand beste Ergebnis, dennoch hatte er keine Chance. Er selber hält die Folgen für den Berner Jura zwar nicht für dramatisch: Es existierten viele Regionen, die im Bundeshaus nicht vertreten seien, erklärte er. «Langfristig ungesund» sei allerdings, dass frankofone Politiker im Kanton Bern generell kaum gewählt würden. Tatsächlich ist die gesamte Berner Delegation nunmehr deutschsprachig.

Nachteil im Wahlkampf

«Es gibt im ganzen Kanton fast keinen französischsprachigen Politiker, der im deutschsprachigen Teil wahrgenommen wird», klagt Zuber. Für die Parteien sei es deshalb ein Risiko, frankofone Politiker zu portieren. So ist Bühler in der Romandie gut bekannt und dank seiner Eloquentie regelmässiger Gast im Westschweizer Radio. In den Deutschschweizer Medien kommt der perfekt zweisprachige Politiker dagegen fast nicht vor. Dieser Nachteil lässt sich im Wahlkampf kaum kompensieren. Dabei ist Bühler in diesem Jahrzehnt bereits der zweite Nationalrat aus dem Berner Jura, der abgewählt wurde: 2011 traf es Jean-Pierre Graber (svp.). Dem Kanton Bern droht seine Brückenfunktion zwischen den Landesteilen abhandenzukommen.

So setzte sich Bühler für zweisprachige Autobahn-Signalisationen in Ortschaften ein, in denen die kleinere Sprachgruppe wenigstens 30 Prozent der Bevölkerung umfasst. In und um Biel ist dies ein wichtiges Thema. Im September – der letzten Session vor Bühlers Abwahl – unterstützte der Nationalrat die Forderung. «Solche Anliegen werden es künftig schwerer haben», sagt er. Die Folgen dieser politischen Vernachlässigung lassen sich bei der Wahlbeteiligung direkt ablesen: Während diese im gesamten Kanton bei 47,4 Prozent lag, gingen im Wahlkreis Biel nur gerade 38,8 Prozent und im Berner Jura sogar nur 36,8 Prozent an die Urne.

Bereits wird über Gegenmassnahmen diskutiert: Manfred Bühler verlangt, dass Kandidierende aus dem Berner Jura von den Parteien künftig doppelt aufgeführt werden, um ihnen bessere Startchancen zu verschaffen. Nachgedacht wird auch über eine parteiübergreifende Wahlliste. Selbst der Versuch, den Kantonsteil mithilfe einer Gesetzesänderung rechtlich besserzustellen, ist vorstellbar, wenn auch fast aussichtslos: Schon 2013 verlangte der Kanton Bern mit einer Ständesinitiative eine Sitzgarantie für sprachliche Minderheiten in mehrsprachigen Kantonen – und blitzte in beiden Räten ab.

ANZEIGE

Sonntags-Shopping:
27.10.2019
11–17 Uhr

Factory Outlet FASHION FISH

Schönenwerd/Aarau
fashionfish.ch